



Nr. 2/3

Februar/März 1986

Seite

AKTUELLES

UNO-Schiffsregistrierungskonvention laut ITF "nutzlos" 17

Binnenverkehr

ITF: Woche der Straßenverkehrssicherheit 18
ITF: Probleme im Grenzüberschreitenden Straßentransport 18
ITF: Förderung der Eisenbahnen 19
Beratende Konferenz über Bemannungsvorschriften in der Rheinschifffahrt
(Zentrale Rheinschifffahrtskommission - ZKR) 19

Zivilluftfahrt

ITF: Sitzung des Technischen Ausschusses des Flugdeckpersonals in London 19
Kanada: Antigewerkschaftliche Maßnahmen beim Pacific Western-Streik 20
Vereinigte Staaten: Internationales Symposium diskutiert über Gesundheit
und Sicherheit des Kabinenpersonals 21
Vereinigte Staaten: Sicherheitsbedenken wegen blockierter B 747-Ausgänge
bleiben trotz Evakuierungsübungen bestehen 21
Vereinigte Staaten: Nach Einigung bei Eastern Airlines bietet Texas Air
Übernahme an 22
Vereinigte Staaten: Beschäftigungsschutzbestimmungen des Gesetzes über
die Liberalisierung des Luftverkehrs jetzt in Kraft 22

Seeleute

ITF: Seeleute aus Asien und dem Pazifischen Raum tagen in Sydney 23
Schiffsentführungen: neue internationale Bestimmungen 23
Internationaler Ausschuß überprüft die Erfordernisse der Seeleute-
wohlfahrt 24

Fortsetzung

Seite

ITF will unter Hongkong-Flagge segelndes Schiff wegen ausstehender Lohnzahlungen beschlagnahmen lassen	24
ITF-Funkoffiziersgewerkschaften gegen Verzicht auf Funkoffiziere auf kurzen Fahrten	25
Bundesrepublik Deutschland: Verhandlungen scheitern an Arbeitszeiten für Seeleute	26
Großbritannien: Weitere Reeder wollen dem Beispiel von BP folgen	26
Streikdrohung der Griechischen Seeleute	26
Vereinigte Staaten: Reeder-Angriff auf Steuerreform "Aufschrei der Brieftasche"	27

Reisebüropersonal

Dänemark: Gemeinsame Gewerkschaftskampagne für die Mitglieder im Reisegewerbe	27
---	----

Allgemeines

Afrika: Bitterkeit nach Spaltung der OATUU	27
Lateinamerika: Der IBFG reicht weitere Beschwerden gegen Nicaragua und die Dominikanische Republik wegen fortgesetzter Verletzung der Gewerkschaftsrechte ein	28
Südafrika: Beginn der internationalen Protestwoche	28
Türkei: TURK-IS-Kampagne für die Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte	29
Bundesrepublik Deutschland: Gewerkschaftsbewegung geeint gegen Antistreikgesetz	29

KURZNACHRICHTEN

30

Tarifverhandlungsergebnisse

31

Todesfälle

32

Personalien

32

Bevorstehende Tagungen

32

AKTUELLES

UNO-SCHIFFSREGISTRIERUNGSKONVENTION LAUT ITF "NUTZLOS"

Die endgültige Version der UNO-Konvention über Schiffsregistrierungsbedingungen, die auf der am 7. Februar in Genf zu Ende gegangenen vierten Sitzung der UNO-Schiffsregistrierungskonferenz verabschiedet wurde, trägt einer Stellungnahme der ITF zufolge in keiner Weise zur Lösung der durch den Einsatz von Schattenflaggenschiffen verursachten schwerwiegenden Probleme bei. Wie die ITF befürchtet hatte, führte der enorme Druck, den Schattenflaggenreeder durch die Regierungen der OECD-Länder auf die Konferenz ausübten, zur Verabschiedung eines internationalen Instruments, das nicht zur Abschaffung der Schattenflaggen beiträgt - wie es die eigentliche Absicht der Konferenz war - sondern vielmehr die Praxis sogenannter "offener Register" im internationalen Recht festschreibt. Die Konvention ist daher nicht nur nutzlos, sondern stellt eine Gefahr für die Seeleute und für die Entwicklung der Schiffsflotten echter Flaggenländer dar. In einer Erklärung auf der Schlußsitzung der UNO-Konferenz gab der Stellvertretende ITF-Generalsekretär Ake Selander der Zustimmung der Gewerkschaften zu den Artikeln der Konvention bezüglich Identifizierung, Verantwortlichkeit der Reeder und Bereeder und Gemeinschaftsunternehmen Ausdruck. Gleichzeitig verwies er darauf, daß schon das Fehlen jeglicher verbindlicher Bestimmungen über die Einrichtung nationaler Schifffahrtsbehörden im Hoheitsgebiet des Flaggenlandes praktisch den Weiterbestand der Schattenflaggschiffe garantiere. Zusammen mit den unzureichenden Bestimmungen über die Bemannung mit Bürgern des Flaggenlandes bedeute dies, daß in der Konvention keine Garantie für einen echten Zusammenhang zwischen Schiff und Flaggenland gegeben werde, und daß sie völlig einseitig sei, fügte er hinzu.

Mit den Auswirkungen der UNO-Konvention wird sich die bevorstehende Konferenz der ITF-Seeleutesektion vom 24. bis zum 26. März in Venedig beschäftigen, auf der Seeleutegewerkschaften der ganzen Welt die Möglichkeit haben werden, im einzelnen zu den darin enthaltenen Bestimmungen Stellung zu nehmen. Es besteht jedoch wenig Zweifel, daß die große Mehrheit der Seeleutegewerkschaften von den in der Konvention enthaltenen Bestimmungen zutiefst enttäuscht sein wird.

Den positivsten Aspekt der Schlußsitzung der Konferenz stellten die Bestimmungen über die Inkraftsetzung der neuen Konvention dar. Erst wenn mindestens 40 Staaten, die zusammen über mindestens 25% der weltweit vorhandenen Tonnage verfügen, das Instrument ratifiziert haben, wird es im Völkerrecht volle Gültigkeit haben. Bezeichnenderweise hat Liberia bereits angekündigt, daß es die Konvention nicht ratifizieren werde.

Die ITF und ihre Mitgliedsgewerkschaften werden daher ihre Anstrengungen bezüglich der Konvention wahrscheinlich darauf konzentrieren, sich ihrer Ratifizierung entgegenzustellen. Gleichzeitig wird die vom ITF-Fair-Practices-Ausschuß koordinierte Kampagne gegen Schattenflaggen intensiviert werden.

Binnenverkehr

ITF: WOCHE DER STRASSENVERKEHRSSICHERHEIT

ITF-Gewerkschaften, denen Straßentransportarbeiter in elf europäischen Staaten angehören, bereiten eine Woche der Straßenverkehrssicherheit vor, die im nächsten Monat stattfinden soll. Damit reagieren sie auf die von der Sektion zum Ausdruck gebrachte Besorgnis über die Auswirkungen überlanger Lenkzeiten auf die Straßenverkehrssicherheit und die Gesundheit der Fahrer. Gewerkschaften in fast allen EG-Ländern sowie in Österreich, Zypern und Schweden werden sich an der Aktionswoche vom 20. bis 26. April beteiligen, die mit Pressekonferenzen in London, Deutschland, Frankreich und Belgien eröffnet wird. Das Motto dieser Woche lautet: "Humanisiert den Straßentransport". Im Laufe dieser Woche werden die Gewerkschaften für eine Verkürzung der Arbeitszeiten der Kraftfahrer eintreten. Eine neue EG-Verordnung, die im Laufe dieses Jahres in Kraft treten soll, sieht eine Verlängerung der Lenk- und eine Verringerung der Ruhezeiten vor, ein erstaunliches Anliegen angesichts der Tatsache, daß die EG 1986 zum Europäischen Jahr der Verkehrssicherheit erklärt hat!

ITF: PROBLEME IM GRENZÜBERSCHREITENDEN STRASSENTRANSPORT

Der deutsch-österreichische Grenzort Kiefersfelden war Tagungsort einer ITF-Sitzung über Grenzprobleme, die am 13. und 14. Februar 1986 stattfand. Eines der Hauptdiskussionsthemen war die Einrichtung von gewerkschaftlichen Informations- und Kontaktbüros an Grenzübergangsstellen unter der Schirmherrschaft der ITF. Bei einem im spanischen Grenzort Irun durchgeführten Versuch war deutlich geworden, welche Schwierigkeiten auftreten können. Ein ganz offensichtliches Problem war die Finanzierung des Projekts. Als wesentlich größeres Problem erwies sich jedoch die Tatsache, daß die Fahrer die Grenzübergänge so schnell wie möglich hinter sich lassen wollten und nicht bereit waren, anzuhalten und über Gewerkschaftsfragen zu diskutieren. Auf Fährschiffen hingegen, z. B. zwischen Schweden und der Bundesrepublik Deutschland, verfügten sie über etwas Freizeit und konnten angesprochen werden. Die Teilnehmer an der Sitzung machten weitere Vorschläge, darunter der Einsatz von CB-Funk, die Verteilung von Informationsblättern über die ITF an Autobahnraststätten und die Organisation von Veranstaltungen, die sich speziell an die Fahrer im Straßengüterverkehr und ihre Familien wenden.

Die Sitzung beschäftigte sich weiterhin mit der Vorbereitung einer Publizitätsaktionswoche (20. bis 26. April 1986), mit der gegen die neuen EG-Verordnungen über Lenkzeiten protestiert werden soll. Ferner diskutierten die Teilnehmer über Untersuchungen über Gesundheit und Sicherheit bei Straßentransportarbeitern, die in Zusammenarbeit mit den Universitäten von Kalifornien und Groningen durchgeführt wurden: diese Fragen werden vom Planungsausschuß der Kommission auf seiner Sitzung im Mai aufgegriffen werden.

ITF: FÖRDERUNG DER EISENBAHNEN

Zukünftige internationale Gewerkschaftsaktionen zur Verteidigung der Eisenbahnen waren das Hauptthema der Diskussionen auf der Sitzung des Verkehrspolitischen Unterausschusses der ITF-Sektion Eisenbahn am 4. und 5. März 1986 in Brüssel. Der Unterausschuß wird sich nun darauf konzentrieren, die Eisenbahnverwaltungen zu einer aktiveren und positiveren Haltung bei der Förderung der Eisenbahnen zu bewegen und eine größere Anzahl nationaler und internationaler Interessengruppen in seinen Anstrengungen miteinzubeziehen. Auf der Sitzung wurden außerdem Pläne für die weitere Öffentlichkeitsarbeit der ITF vorgelegt. Die Eisenbahnergewerkschaften wurden zudem gedrängt, von anderen Mitgliedsgewerkschaften mehr Informationen über Personalkürzungen, Bemannungsniveaus und Beschäftigungsbedingungen zur Verfügung zu stellen. Ferner wurden Vorschläge für eine zweite Ausgabe der ITF-Veröffentlichung "Was geschieht mit der Eisenbahn?" vorgelegt. Der Sitzung wurde außerdem ein Bericht über die jüngsten Entwicklungen bei den Japanischen Staatsbahnen (JNR) unterbreitet. Schließlich wurde beschlossen, daß die ITF Sitzungen für die vom Bau des Kanaltunnels betroffenen Mitgliedsgewerkschaften und, zu einem späteren Zeitpunkt, für Eisenbahnergewerkschaften, die von Plänen zur Einrichtung einer Hochgeschwindigkeitsstrecke Frankreich-Belgien-Niederlande/Deutschland betroffen sind, einberufen sollte.

BERATENDE KONFERENZ ÜBER BEMANNUNGSVORSCHRIFTEN IN DER RHEINSCHIFFFAHRT (ZENTRALE RHEINSCHIFFFAHRTSKOMMISSION - ZKR)

Die Dreigliedrige Beratende Konferenz über Bemannungsvorschriften in der Rheinschiffahrt, die vom 25. bis zum 27. Februar in Straßburg stattfand, beschäftigte sich mit einem überarbeiteten Dokument des ZKR-Sekretariats, in dem der geänderte Text der Bemannungsvorschriften in der Rheinschiffahrtsuntersuchungsordnung (RSchUO; Artikel 14) vorgelegt wird. Es wurde ein gewisses Maß an Übereinstimmung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern über Betriebsformen und Bemannung von Motor- und Passagierschiffen erzielt. Die unabhängigen Reeder sprachen sich auch weiterhin für unannehmbar lange Betriebszeiten und geringere Bemannung aus. An der Konferenz nahmen Vertreter aller ITF-Gewerkschaften, denen Beschäftigte in der Rheinschiffahrt angehören, sowie Sektionssekretär G. Brothers teil.

Zivilluftfahrt

ITF: SITZUNG DES TECHNISCHEN AUSSCHUSSES DES FLUGDECKPERSONALS IN LONDON

Am 5. Februar fand in London eine Sitzung des Technischen Ausschusses des Flugdeckpersonals der ITF statt. Auf der Tagesordnung standen: das Problem von Rissen bei der B 747; die B 747 400-Serie; die Forderung nach Beibehaltung der Flugleiterlizenz gemäß Anlage I; und die Arbeit der Air Navigation Commission der ICAO hinsichtlich des Transports gefährlicher Güter. Auf der Sitzung wurde das ITF-Sekretariat aufgefordert, eine Politik hinsichtlich einer Flugstreckenbegrenzung für zweimotorige Flugzeuge sowie den Entwurf für Sicherheitsbestimmungen auszuarbeiten, die dann allen technischen Ausschüssen der Sektion Zivilluftfahrt zur Beratung vorgelegt werden können. Der Ausschuß beschäftigte sich außerdem mit der Frage der Einrichtung eines

Sicherheitsausschusses, der sich mit Fragen beschäftigen würde, die die Interessen der drei technischen Ausschüsse der Sektion gleichermaßen betreffen. Hinsichtlich der bevorstehenden Diskussionen über eine Flugingenieurslizenz wurde beschlossen, daß sich die Mitgliedsorganisationen mit den Ausschußmitgliedern in Verbindung setzen und ihnen die Meinung der ITF zu den Empfehlungen für die Lizenz darlegen sollten. Ein weiteres Diskussionsthema war der Entwurf einer EG-Richtlinie über die gegenseitige Anerkennung von Lizenzen innerhalb der EG, wobei der Ausschuß die Notwendigkeit unterstrich, den Entwurf so zu verändern, daß er eine Bezugnahme auf die ICAO-Normen enthält.

KANADA: ANTIGEWERKSCHAFTLICHE MASSNAHMEN BEIM PACIFIC WESTERN-STREIK

Nach vier Monaten wird der Streik bei der Fluggesellschaft Pacific Western Airlines (PWA) immer noch fortgesetzt, und die drei betroffenen Gewerkschaften widersetzen sich gemeinsam Versuchen des Unternehmens, seinen Arbeitnehmern weitreichende Zugeständnisse aufzuzwingen. Dabei bedient sich das Unternehmen Taktiken gegen die Streikenden, die die Gewerkschaften zwingen, bei der kanadischen Behörde für Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen eine Beschwerde wegen unfairer Arbeitspraktiken einzureichen. Ein zweites "letztes" Angebot des Unternehmens wurde von IAM und CALFAA mit Bestimmtheit zurückgewiesen, und obwohl berichtet wurde, daß eine vorläufige Einigung mit der UAW/CALEA erzielt wurde, wurde bisher noch keine Vereinbarung über eine Rückkehr an den Arbeitsplatz unterzeichnet. UAW/CALEA-Mitglieder haben angedeutet, daß sie Streikposten vor Einrichtungen der PWA respektieren werden. Gleichzeitig übt das Unternehmen Druck auf die IAM und CALFAA aus, dieses Angebot zu akzeptieren, da jedes weitere Angebot wesentlich schlechter sein werde.

Die Beschwerde der Gewerkschaft bezieht sich auf die Beschäftigung eines Beratungsunternehmens durch die TWA, das Sicherheitspersonal zur Verfügung stellt. Mehr oder weniger direkt nachdem diese privaten Sicherheitskräfte zum ersten Mal eingesetzt wurden, ereigneten sich eine Reihe von Vorfällen, bei denen Streikposten eingeschüchtert, angegriffen und bedroht wurden. Die Sicherheitskräfte schlugen auf Streikposten ein, fuhren auf vereisten Straßen mit hoher Geschwindigkeit an den Streikposten vorbei, ohne auf deren Sicherheit Rücksicht zu nehmen, und folgten ihnen auf dem Heimweg von ihrem Streikposteneinsatz. Der Leiter des obenerwähnten Unternehmens ging sogar so weit, Gewerkschaftsmitglieder überwachen zu lassen. Die Sicherheitskräfte, die alle besonders im Hinblick auf ihre Erfahrung in verschiedenen Kampfsportarten ausgewählt wurden, wurden zumindest zu Anfang des Streiks als Spitzel eingesetzt, und die Gewerkschaften sind zu Recht darüber besorgt, daß sie als Provokateure Zwischenfälle herbeiführen könnten. Die Beschäftigten des Unternehmens machen Überstunden (ein Beschäftigter in einer überwachenden Funktion z. B. arbeitete von 7 Uhr bis 23 Uhr), wodurch wiederum die Wahrscheinlichkeit von gewaltsamen Zwischenfällen erhöht wird. Nach Aussage eines früher in einer übergeordneten Funktion bei dem Unternehmen Beschäftigten hatte der Sicherheitschef den Beschäftigten nachweislich erklärt, daß sie voraussichtlich Gewalt anwenden müßten, und der Leiter des Unternehmens hatte offen erklärt, daß er die Gewerkschaften zerstören wolle. Weiter berichtete der obenerwähnte Mann, daß ein anderer Vorgesetzter seine eigenen Leute als "einigermaßen gutausgebildete Totschläger im Auftrag des Management" bezeichnet habe.

VEREINIGTE STAATEN: INTERNATIONALES SYMPOSIUM DISKUTIERT ÜBER GESUNDHEIT UND SICHERHEIT DES KABINENPERSONALS

Ein weites Spektrum von Fragen in bezug auf die Gesundheit und Sicherheit des Kabinenpersonals der ganzen Welt wurden auf dem Internationalen Symposium über Flugkabinensicherheit diskutiert. Das Symposium findet alljährlich statt. Ende Januar d. J. wurde es unter der Schirmherrschaft des Institute of Safety and Systems Management der University of Southern California in Anaheim (Kalifornien) abgehalten. Der Sekretär der ITF-Sektion Zivilluftfahrt, Hans-Bernhard Beyertt, nahm als Vertreter des Sekretariats daran teil.

Während des fünf Tage dauernden Symposiums wurden Sitzungen abgehalten über Themen wie: Überleben, mit Vorträgen über Rettungsmaßnahmen beim Ausbruch eines Feuers nach einem Absturz und Vorführungen von Ausbildungsmaßnahmen für die Besatzungsmitglieder für vollständige Evakuierungsmaßnahmen (der zuletzt erwähnte Vortrag wurde von Steven Vincent, dem Vorsitzenden des Technischen Ausschusses für Flugzeuge der amerikanischen Flugbegleitervereinigung, gehalten); menschliche Faktoren, mit Vorträgen über die Gesundheit der Flugbegleiter und die Auswirkung der Schichtarbeit auf den Biorhythmus; Regulierung des kommerziellen Flugverkehrs; Kabinengestaltung; und Terrorismus. Weiterhin beschäftigte sich das Symposium mit den Gebieten Unfallforschung, Überlebenschancen im Falle eines Absturzes, Beziehungen zwischen Kabine und Cockpit sowie gefährliche Materialien, wobei zum letztgenannten Thema ein Vortrag von Flugkapitän Ronald Macdonald von der Internationalen Föderation der Pilotenvereinigungen gehalten wurde. Barbara Dunn, Vorsitzende des Nationalen Ausschusses für Luftverkehrssicherheit der kanadischen Flugbegleitervereinigung, unterbreitete ein Dokument über das Trauma nach einem Unfall. Frau Dunn war, zusammen mit anderen Vertretern der Beschäftigten in der Luftfahrt, außerdem Mitglied des Planungsausschusses.

VEREINIGTE STAATEN: SICHERHEITSBEDENKEN WEGEN BLOCKIERTER B 747-Ausgänge BLEIBEN TROTZ EVAKUIERUNGSÜBUNGEN BESTEHEN

Alle 540 Fluggäste und Besatzungsmitglieder konnten bei einer von Boeing im Februar in Everett (Washington) durchgeführten Evakuierungsübung eine Boeing 747, bei der zwei der über den Tragflächen befindlichen Notausgänge blockiert waren, sicher verlassen. Mit dieser Übung reagierte Boeing auf Sicherheitsbedenken, die von Luftfahrtgewerkschaften und Verbrauchergruppen der Fluggäste vorgebracht worden waren. Die Evakuierung wurde in der üblichen Weise durch die Hälfte der zur Verfügung stehenden Notausgänge (d. h. durch vier der Hauptausgänge der Kabine sowie einen weiter oben gelegenen Ausgang) innerhalb von 80 Sekunden durchgeführt, also in weit kürzerer Zeit als die gegenwärtig von der amerikanischen Luftfahrtbehörde (FAA) vorgeschriebenen 90 Sekunden. Die durch die Übung gewonnenen Informationen werden nun von der FAA ausgewertet, die den Fluggesellschaften gleichzeitig empfiehlt, im Interesse größerer Sicherheit auch weiterhin alle zehn Ausgänge zugänglich zu halten. Es wird erwartet, daß Fluglinien, die die Ausgänge ihrer Flugzeuge vom Typ Boeing 747 blockiert haben, nach Beendigung der Auswertung der Daten eine Entscheidung darüber treffen, ob sie die Ausgänge wieder zugänglich machen, um so Bedenken aus dem Weg zu räumen, die hinsichtlich der Länge der Strecke, die einige Fluggäste in Notfällen zu den Ausgängen zurücklegen müssen (wobei das Fortkommen möglicherweise durch Feuer, erstickenden Rauch und schlechte Sicht erschwert wird), vorgebracht werden.

VEREINIGTE STAATEN: NACH EINIGUNG BEI EASTERN AIRLINES BIETET TEXAS AIR
ÜBERNAHME AN

Nach intensiven Schlichtungsverhandlungen im Februar haben Piloten und Kabinenpersonal der Eastern Airlines mit der Unternehmensleitung eine Einigung über neue Verträge erzielt; in beiden Fällen kurz vor Ablauf einer Frist, nach der die Gewerkschaften zum Streik aufrufen wollten. Während die Beschäftigten erhebliche Lohn- und Gehaltskürzungen hinnehmen und weitere Zugeständnisse machen mußten, verringerte Eastern, deren Zeitplanung etwas ungeschickt wirkt, vor kurzem die Flugtarife für Flüge in mehr als 100 amerikanische Städte bis zu 75%, um mit von anderen Fluggesellschaften angebotenen Billigtarifen konkurrieren zu können. Jüngsten Berichten zufolge plant Eastern, wegen einer beabsichtigten Erweiterung des Flugverkehrs die Anfang Februar entlassenen Flugbegleiter wieder einzustellen sowie zusätzliches Personal zu beschäftigen.

Gleichzeitig hat Eastern ein Angebot von Frank Lorenzo, Vorsitzender der Texas Air Corporation (Muttergesellschaft von Continental), angenommen das in Schwierigkeiten geratene Unternehmen aufzukaufen, und die beabsichtigte Übernahme muß nun vom Verkehrsministerium gutgeheißen werden. Angesichts der Vergangenheit von Continental in bezug auf Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen ist es nicht überraschend, daß die Gewerkschaften bei Eastern über diesen jüngsten Schritt verärgert und besorgt sind, und sich nun nach möglichen anderen Käufern für das Unternehmen umsehen.

VEREINIGTE STAATEN: BESCHÄFTIGUNGSSCHUTZBESTIMMUNGEN DES GESETZES ÜBER
DIE LIBERALISIERUNG DES LUFTVERKEHRS JETZT IN KRAFT

Sieben Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Liberalisierung des Luftverkehrs in den Vereinigten Staaten aus dem Jahr 1978 haben die Beschäftigten der Zivilluftfahrt endlich den Widerstand der Reagan-Administration und der Fluggesellschaften gegen eine in dem Gesetz enthaltene Bestimmung über bevorzugte Einstellung überwunden, mit der die Beschäftigten geschützt werden sollten, die ihren Arbeitsplatz aufgrund des Anpassungsprozesses bei den Fluggesellschaften an die neue wirtschaftliche Realität der Zeit nach der Entregulierung verloren hatten. Alle Fluggesellschaften sind nun verpflichtet, freie Stellen bei einem Zentralregister zu melden. Diese Liste wird dann vom Arbeitsministerium veröffentlicht, um entlassene Arbeitnehmer bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung zu unterstützen. Fluggesellschaften, die bei der Inkraftsetzung des Gesetzes bereits existierten, müssen bei der Einstellung von Arbeitnehmern, die nicht bereits bei diesem Unternehmen beschäftigt sind, den Bewerbern mit einem Beschäftigungsanspruch Vorzug geben, d. h. denjenigen Arbeitnehmern, die zum Zeitpunkt der Entregulierung bereits vier oder mehr Jahre beschäftigt waren. Diese Klausel sollte ursprünglich den Schutz der Beschäftigten in den zehn Jahren nach der Entregulierung dienen, aber wegen der langen Verzögerung ihrer Inkraftsetzung wird sie nun weniger als drei Jahre lang gelten.

Seeleute

ITF: SEELEUTE AUS ASIEN UND DEM PAZIFISCHEN RAUM TAGEN IN SYDNEY

Mitglieder des Regionalausschusses der Asiatischen Seeleute der ITF-Seeleutesektion aus Gewerkschaften in Australien, Hongkong, Indien, Japan, Indonesien, Kiribati und Tuvalu, Korea, Malaysia, Neuseeland, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Taiwan und Vanuatu nahmen an einer Sitzung teil, die letzten Monat in Sydney stattfand. Sie beschäftigten sich mit einem breiten Spektrum von Themen, die für ihre Mitglieder, von denen viele auf Schattenflaggenschiffen beschäftigt sind, von Interesse sind. Das ITF-Sekretariat war durch den Stellvertretenden Generalsekretär Ake Selander, den Regionalsekretär für Asien und den Pazifischen Raum M.S. Hoda, und B. Loughton, Sekretär der Sonderabteilung der Seeleute, vertreten. K. Mols Sorensen, Vorsitzender der Seeleutesektion, war in seiner Eigenschaft als Ex officio-Mitglied des Ausschusses anwesend.

Auf der dreitägigen Sitzung wurde über den Überschuss an Mannschaftsdienstgraden in der Region und die hiervon ausgehenden negativen Auswirkungen auf die Höhe der Heuer diskutiert. Weiterhin wurde eine Entschließung verabschiedet, in der darauf gedrängt wird, daß Offiziere und Mannschaftsdienstgrade aus der Region, die im Rahmen der von der ITF gutgeheißenen Übereinkommen angeheuert werden, die gleiche Staatsangehörigkeit haben sollten, um so zu vermeiden, daß die Schattenflaggenreeder diesen Arbeitskräfteüberschuß ausnutzen, indem sie bewußt Offiziere und Mannschaftsdienstgrade von verschiedener Staatsangehörigkeit und unter Anwendung verschiedener Heuerskalen anheuern, eine Praxis, durch die die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen verstärkt würden. In einer zweiten auf der Sitzung verabschiedeten Entschließung gab der Ausschuß seinem Standpunkt Ausdruck, daß die Zwischenstaatliche Organisation für Seeschifffahrt (IMO) in ein dreigliedriges Gremium umgewandelt werden sollte. In einer dritten Entschließung zum Auslaufen der griechischen bilateralen Bemannungsvereinbarungen empfahl der Ausschuß, daß das Sekretariat Schritte im Hinblick auf eine Einigung zwischen den griechischen Seeleutegewerkschaften und den griechischen Reedern über annehmbare Beschäftigungsbedingungen für Seeleute ohne festen Wohnsitz und über die Anzahl von Seeleuten aus den verschiedenen Ländern der Region, die auf griechischen Schiffen angeheuert werden dürfen, unternehmen sollte.

SCHIFFSENTFÜHRUNGEN: NEUE INTERNATIONALE BESTIMMUNGEN

Nachdem sich der Schifffahrtssicherheitsausschuß (MSC) der Zwischenstaatlichen Organisation für Seeschifffahrt (IMO) im Februar mit diesen Fragen beschäftigt hat, sollen nun neue internationale Bestimmungen zum Schutz der internationalen Schifffahrt vor Terrorismus und anderen aggressiven Akten aufgestellt werden. Nach der Entführung des italienischen Kreuzschiffes "Achille Lauro" im Oktober 1985 wandte sich die ITF an den Generalsekretär der IMO und forderte seine Organisation auf, bei der Einführung von Maßnahmen zum Schutze der internationalen Schifffahrt gegen Akte der unrechtmäßigen Einmischung eine führende Rolle zu übernehmen. Die ITF legte auf der MSC-Sitzung im Namen des IBFG, der bei der IMO einen beratenden Status einnimmt, ein Dokument vor, in dem nähere Vorschläge über Möglichkeiten zur Reduzierung des Risikos von terroristischen Anschlägen gegen Schiffe gemacht und auf die Bereitschaft der ITF verwiesen wird, ihre Erfahrung und finanzielle Mittel für jede Bemühung der IMO auf diesem Gebiet zur Verfügung zu stellen.

Auf die Initiative der ITF folgten ähnliche Vorschläge von Seiten der US-Regierung, und eine Reihe vom IMO-Sekretariat ausgearbeiteten Vorschläge werden gegenwärtig in verschiedenen IMO-Ausschüssen diskutiert, bevor sie im September d. J. auf der nächsten Sitzung des Schifffahrtssicherheitsausschusses endgültig verabschiedet werden.

INTERNATIONALER AUSSCHUSS ÜBERPRÜFT DIE ERFORDERNISSE DER SEELEUTEWOHLFAHRT

Mit den Erfordernissen der Seeleutewohlfahrt im nächsten Jahrzehnt beschäftigte sich der Internationale Ausschuss für Seeleutewohlfahrt auf seiner Sitzung am 5. und 6. Februar 1986 in Genf. Der internationale Ausschuss, dem Vertreter der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF), des Internationalen Reederverbandes (ISF), der Internationalen Christlichen Vereinigung für die Schifffahrt (ICMA) sowie verschiedene nationale Agenturen und andere Organisationen, die auf diesem Gebiet aktiv sind, angehören, wählte den Stellvertretenden ITF-Generalsekretär Ake Selander für die nächsten zwei Jahre zu seinem Vorsitzenden. Der Ausschuss stellte auf seiner Sitzung fest, daß bei Seeleuten aus weniger entwickelten Ländern ein größeres Bedürfnis nach Wohlfahrtseinrichtungen in den Häfen besteht, daß jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach in den meisten Häfen Seeleutezentren der einen oder der anderen Form für Seeleute aller Nationalitäten notwendig seien. Es herrschte allgemein Übereinstimmung darüber, daß es letzten Endes in der Verantwortung der Regierungen liegen sollte, für die Bereitstellung ausreichender Wohlfahrtsdienste und -einrichtungen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Verwaltungsurkunden der IAO in den Häfen zu sorgen. Der Ausschuss vertrat jedoch die Ansicht, daß auch die Reeder und Seeleute sowie freiwillige Organisationen ermutigt werden sollten, eine aktive Rolle bei der Bereitstellung von Wohlfahrtseinrichtungen an Land zu spielen, wobei sie die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel möglichst wirksam einsetzen sollten. Die Finanzierung sollte von den Regierungen übernommen werden. Der Ausschuss akzeptierte jedoch, daß es Situationen geben könne, wo dies nicht ausreichte und andere, alternative Finanzierungsquellen gefunden werden müssen. Der Ausschuss forderte ferner die ständige Überwachung der bestehenden Erfordernisse der Seeleutewohlfahrt durch Hafenausschüsse, die sich aus Vertretern der Hafen- und Lokalbehörden, der Reeder und Reedereiagenten, der Seeleutegewerkschaften, freiwilliger Organisationen, der Konsulate und Botschaften und anderer zuständiger Personenkreise zusammensetzen.

ITF WILL UNTER HONGKONG-FLAGGE SEGELNDES SCHIFF WEGEN AUSSTEHENDER LOHNZAHLUNGEN BESCHLAGNAHMEN LASSEN

ITF-Anwälte in Italien bemühen sich um die Beschlagnahme des in Hongkong registrierten Schiffes "Sleeping Beauty", das gegenwärtig im Hafen von Catania (Sizilien) liegt. Das Schiff kam dort am 3. Februar an, und die aus britischen Offizieren und polnischen und türkischen Mannschaftsdienstgraden bestehende Besatzung wandte sich an die ITF mit der Beschwerde, daß sie nicht entsprechend der in ihren Heuerverträgen festgelegten Sätze bezahlt würden.

Als sie sich näher mit dem Fall befaßte, stellte die ITF-Sonderabteilung der Seeleute fest, daß auch eine Reihe britischer Offiziere, die früher auf dem Schiff beschäftigt gewesen waren, noch immer auf ausstehende Lohnzahlungen warteten. Mit Unterstützung von der ITF, der italienischen ITF-Gewerkschaft FIT-CISL und der britischen Gewerkschaft NUMAST, der einige der Offiziere angehörten, konnte mit den Befrachtern des Schiffes eine Einigung über die Zah-

lung der noch ausstehenden Heuern erreicht werden. In diese Einigung wurden die früheren Besatzungsmitglieder jedoch nicht miteinbezogen. Daraufhin beschloß die ITF, Schritte zur Beschlagnahmung des Schiffes (ein rechtlicher Vorgang, durch den ein Auslaufen verhindert wird), zu unternehmen.

Die gegenwärtige Besatzung erhielt zwar ihre ausstehende Heuer, die Schwierigkeiten waren damit für sie jedoch noch lange nicht zu Ende. Der Hafenmeister von Catania fürchtete, daß er auf einem nutzlosen Schiff sitzenbleiben würde, und konfiszierte die Flugtickets der Besatzung, damit sie nicht nach Hause zurückkehren konnte. Zwei Besatzungsmitgliedern gelang es, auf eigene Kosten nach London zu kommen, ein weiterer wurde jedoch von der italienischen Polizei verhaftet und wegen unerlaubtem Verlassens seines Schiffes angeklagt. Bei dem gegen den betreffenden Offizier eingeleiteten Gerichtsverfahren konnte der ITF-Anwalt die Richter jedoch davon überzeugen, daß eine derartige Anklage nur im Zusammenhang mit Schiffen unter italienischer Flagge erhoben werden könne. Der Offizier wurde freigelassen und damit der Weg für die Rückführung der übrigen Besatzungsmitglieder in ihre Heimat geöffnet. Während das Schiff in Erwartung einer Lösung des Konflikts weiter im Hafen festlag, ereignete sich jedoch ein Unfall, bei dem ein Seemann durch mangelhafte Ausrüstung der "Sleeping Beauty" getötet wurde. Die Angehörigen des Toten sowie die ITF haben rechtliche Schritte eingeleitet.

Hongkong wird von der ITF nicht offiziell zu den Schattenflaggen gerechnet. Dennoch weist dieser Fall viele Ähnlichkeiten mit den üblichen Problemen der Schattenflaggen auf. Insbesondere war es bisher unmöglich, den wirklichen Schiffseigner zu identifizieren. Der registrierte Reeder ist ein Unternehmen aus Guernsey mit dem Namen Princess Shipping und sieben Gesellschaftern: Bachmann Alpha, Bachmann Beta, Bachmann Gamma, Bachmann Delta, Bachmann Epsilon, Bachmann Pi und Bachmann Omega Ltd. Jeder dieser Gesellschafter besitzt einen Anteil. Bachmann ist ein Unternehmen aus Guernsey, das sich auf sogenannte "Briefkastenfirmen" spezialisiert, um die wirkliche Eigentümerschaft zu verschleiern.

"Sleeping Beauty" ist nur ein Beispiel dafür, mit welchen Schiffen sich die ITF tagtäglich im Interesse der Seeleute beschäftigen muß, die in ihren Mitgliedsorganisationen oder direkt in der ITF-Sonderabteilung der Seeleute organisiert sind.

ITF-FUNKOFFIZIERSGEWERKSCHAFTEN GEGEN VERZICHT AUF FUNKOFFIZIERE AUF KURZEN FAHRTEN

Die Gewerkschaften der Funkoffiziere in der ITF werden sich voraussichtlich heftig dem Entwurf neuer Bestimmungen widersetzen, mit denen die britische Regierung Schiffe unter britischer Flagge von der Verpflichtung befreien will, auf kurzen Fahrten einen Funkoffizier an Bord zu haben. Der Entwurf dieser Bestimmungen folgte auf einen einjährigen Versuch auf Massengutschiffen des schottischen Reeders Christian Salvesen, der nun um sechs Monate verlängert wurde und bei dem in der Hochseeschiffahrt beschäftigte Deckoffiziere auch für die Funktelefonverbindungen zuständig waren. Nach Auffassung des Handelsministeriums bedeutete der Verzicht auf einen Funkoffizier auf den an dem Experiment beteiligten Schiffen keine Verringerung der Sicherheit oder ihrer Fähigkeit, anderen, in Not geratenen Schiffen zu helfen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: VERHANDLUNGEN SCHEITERN AN ARBEITSZEITEN FÜR SEELEUTE

Verhandlungen zwischen der deutschen ITF-Mitgliedsgewerkschaft ÖTV und den Reederverbänden über einen neuen Manteltarifvertrag für 20.000 Seeleute sind an der Frage der Arbeitszeit gescheitert. Die Gewerkschaftsforderung nach einer Verringerung der Jahresarbeitszeit wurde von den Reedern als nicht diskutabel zurückgewiesen. Statt dessen hatten sie eine Verlängerung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 40 auf 56 Stunden vorgeschlagen, was eine Streichung der Überstundenbezahlung für Arbeit an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen sowie eine beträchtliche Einkommensverringerung für die Seeleute bedeutet hätte. Das Schlichtungsverfahren wurde eingeleitet.

GROSSBRITANNIEN: WEITERE REEDER WOLLEN DEM BEISPIEL VON BP FOLGEN

Die Verhandlungen der der ITF angeschlossenen britischen Gewerkschaften der Offiziere und Mannschaftsdienstgrade NUS und NUMAST über ihre Anerkennung durch die drei Heueragenturen, die die Besatzungen für die britische Reederei BP Shipping anheuern sollen, sind gescheitert. Daraufhin wandten sich die Gewerkschaften mit der Bitte um die Klärung der Frage der gewerkschaftlichen Vertretung an die IAO. Beide Organisationen verurteilten die stillschweigende Zustimmung der britischen Regierung zur Beendigung des direkten Beschäftigungsverhältnisses mit BP sowie der Offshore-Beschäftigungsbedingungen, die das Unternehmen seinen Beschäftigten aufzwingen will. Ferner befürchteten sie, daß das Unternehmen langfristig keine britischen Seeleute auf seinen Schiffen beschäftigen will. Inzwischen beabsichtigen zwei weitere Reedereien Jepsens und Souters, zweifellos ermutigt durch das Beispiel von BP, ihre Schiffe aus dem britischen Schiffsregister streichen zu lassen. Jepsens plant den Transfer von sieben von ihrer britischen Niederlassung bereederten Schiffen, voraussichtlich in das neue Isle of Man-Register. Wenige Tage später kündigte Souters an, daß drei Chemikalien transportschiffe, die sie für die Hamburger Firma John T. Essberger bereedert, wahrscheinlich nach Bermuda umregistriert werden sollen. Die Gewerkschaften sind über diese beiden Vorhaben wegen der möglichen Auswirkungen für die betroffenen Seeleute besorgt, begrüßen jedoch, daß die Unternehmen ihre Verhandlungsbereitschaft angedeutet haben.

STREIKDROHUNG DER GRIECHISCHEN SEELEUTE

Auf einer Vorstandssitzung am 10. März beschloß die griechische ITF-Gewerkschaft Panhellenische Seeleutegewerkschaft (PNO), für den 21. März zu einem 24stündigen Warnstreik aufzurufen. Mit dem Streik soll der Gewerkschaftsforderung nach Beibehaltung der seit 33 Jahren bestehenden Sonderbesteuerung der Seeleuteinkünfte Nachdruck verliehen werden. Schiffe in griechischen Häfen werden am 21. März ab 6 Uhr morgens bestreikt, Schiffe, die sich in ausländischen Häfen befinden, werden in der Zeit vom 21. März bis zum 7. April in den 24 Stunden nach ihrem sicheren Anlegen im ersten Anlaufhafen vom Streik betroffen sein. Die ITF-Mitgliedsgewerkschaften wurden von diesem PNO-Streik unterrichtet und aufgefordert, alle notwendigen Schritte zur Unterstützung der Gewerkschaft zu unternehmen.

VEREINIGTE STAATEN: REEDER-ANGRIFF AUF STEUERREFORM "AUFSCHREI DER BRIEFTASCHE"

Die ITF kritisierte auf das schärfste Angriffe der Föderation der unter amerikanischer Kontrolle stehenden Schifffahrt (Federation of American Controlled Shipping - FACS) auf die im vom amerikanischen Repräsentantenhaus verabschiedeten Steuerreformgesetz enthaltenen Änderungen des Besteuerungssystems, die Schattenflaggschiffen amerikanischer Reeder Steuervorteile entziehen würden. In einem Artikel in der Zeitung "Lloyds List" vom 18. Februar wies der Generalsekretär der ITF darauf hin, daß der Hauptzweck der Steuerreform darin bestehe, sicherzustellen, daß US-amerikanische Reeder ihren Anteil an Steuern zahlen und sich dieser Verpflichtung nicht dadurch entziehen können, daß sie die Flagge Liberias, Panamas, der Bahamas oder von Honduras ausleihen. Schattenflaggenreeder in den USA, so fuhr er fort, konnten in der Vergangenheit in steuerlicher Hinsicht praktisch tun was sie wollten. Amerikanische Bürger und Unternehmen, die für die Steuerhinterziehungen der Reeder aufkommen mußten, könnten berechtigterweise die Frage stellen, warum sie sich weiterhin durch diese Schmarotzer ausnutzen lassen sollen. Die vom Vorsitzenden der FACS, Loree, aufgestellte Behauptung, die steuerrechtlichen Änderungen schädeten den strategischen Interessen der USA, könne niemanden täuschen, schloß Lewis. Es handele sich um einen Aufschrei der Briefftasche, nicht des Herzens.

Reisebüropersonal

DÄNEMARK: GEMEINSAME GEWERKSCHAFTSKAMPAGNE FÜR DIE MITGLIEDER IM REISEGEWERBE

Zwei dänische Gewerkschaften - die Angestelltengewerkschaft (Funktionærforbund) und die Transportarbeitergewerkschaft (SiD) - wollen gemeinsam eine Kampagne für bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Reisesektor durchführen, in dem ihrer Meinung nach ein ernsthafter Personalmangel herrscht. Die Gewerkschaften sind besonders besorgt über die langen Arbeitszeiten von Reisebusfahrern, insbesondere bei Busreisen von Dänemark nach Österreich und Italien. Auf diesen Reisen werden normalerweise zwei Fahrer eingesetzt. Es wird jedoch von ihnen erwartet, daß sie ihr Ziel innerhalb von 24 Stunden erreichen, was ohne Überschreitung der vereinbarten Arbeitszeiten allerdings praktisch unmöglich ist. Ähnlich lange Arbeitszeiten haben auch die Reisebegleiter an den Urlaubsorten. In den kommenden Monaten werden die beiden Gewerkschaften Flugblätter an die Öffentlichkeit verteilen, um das Bewußtsein über die mit einer derartigen Ausbeutung verbundenen Gefahren zu vergrößern.

Allgemeines

AFRIKA: BITTERKEIT NACH SPALTUNG DER OATUU

Nach mehr als einem Jahr interner Streitigkeiten spaltete sich die Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit (OATUU) nach ihrem Außerordentlichen Kongreß, der vom 6. bis zum 8. Februar stattfand, endgültig in zwei konkurrierende Gruppen auf. Zwischen den verschiedenen anwesenden Delegationen herrschten tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Finanzgebarens der Organisation, der Stimmrechte und der Position des OATUU-General-

sekretärs Denis Akumu. Aufgrund der mangelnden Übereinstimmung in diesen Fragen beschlossen 30 der insgesamt 46 auf dem Kongreß vertretenen nationalen Gewerkschaftsbünde, ihren eigenen Kongreß abzuhalten, auf dem sie ihre eigene Führung wählten. Beide Gruppen ersuchten die Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) um Anerkennung als legitime Vertretung der afrikanischen Arbeitnehmer. Die größere Gruppe wählte Hassan Suomonu (NLC, Nigeria) zum Präsidenten sowie Vizepräsidenten aus Togo, Zaire, Gabun und Zimbabwe. Zum Generalsekretär wurde Abdoulaye Mohamed aus Niger gewählt. Die kleinere Gruppe wählte Ali Nefishi aus Libyen zum Präsidenten und Denis Akumu zum Generalsekretär sowie Vizepräsidenten von der Elfenbeinküste, aus Ghana, Tansania, Sudan und Ägypten.

LATEINAMERIKA: DER IBFG REICHT WEITERE BESCHWERDEN GEGEN NICARAGUA UND DIE DOMINIKANISCHE REPUBLIK WEGEN FORTGESETZTER VERLETZUNG DER GEWERKSCHAFTSRECHTE EIN

In zwei Beschwerden, die der IBFG vor kurzem beim Ausschuß für Vereinigungsfreiheit der IAO eingereicht hat, werden weitere Hinweise auf die fortgesetzte und systematische Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte in Lateinamerika vorgelegt. Bei beiden Beschwerden handelt es sich um Ergänzungen zu bereits früher unterbreitetem Material über angebliche Verletzungen von grundlegenden Gewerkschaftsrechten.

Im Falle Nicaraguas belegt der IBFG in seiner Beschwerde drei Beispiele für die systematische Regierungskampagne gegen den nationalen Gewerkschaftsbund CUS: die Vorladung von über dreihundert der CUS angehörenden Gewerkschaftern durch das Ministerium für Staatssicherheit, die von Einschüchterungsversuchen und Drohungen begleitet war; die "Besuche" einer aus drei Regierungsbeamten bestehenden Delegation bei verschiedenen CUS-Mitgliedsorganisationen, um sie über ihre Situation im Rahmen des Ausnahmezustands aufzuklären; und das Verbot der CUS-Gewerkschaftszeitung "Solidaridad". Bezüglich der Dominikanischen Republik lieferte der IBFG eine detaillierte Beschreibung des Polizeieinsatzes zur Auflösung der Generalversammlung der Catarey Zuckerarbeitergewerkschaft, auf der über Aktionen in Verbindung mit einer Lohnforderung diskutiert wurde. Ein Arbeiter wurde getötet (nach Aussagen von Augenzeugen von der Polizei erschossen), dreißig verletzt und dreißig befanden sich noch in Haft.

SÜDAFRIKA: BEGINN DER INTERNATIONALEN PROTESTWOCHE

Die auf der Januar-Sitzung der Internationalen Berufsekretariate beschlossene internationale Aktionswoche der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegen das Apartheidregime in Südafrika begann am 17. März und endete am 21. März, dem Jahrestag des Massakers von Sharpeville. In einem Aufruf an alle ITF-Mitgliedsgewerkschaften informierte sie Generalsekretär Harold Lewis über folgende Vorschläge des IBFG hinsichtlich besonderer Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Flugverkehr nach Südafrika:

- Eingaben an die Regierungen von Ländern, in denen die südafrikanische Fluggesellschaft South African Airways (SAA) Landrechte hat
- Eingaben an Fluggesellschaften, die von und nach Südafrika fliegen, mit dem Ziel, diesen Flugverkehr einzustellen
- Eingaben an Regierungen mit der Forderung nach Maßnahmen, diesen Verkehr zu unterbinden

- Streikposten vor SAA-Büros.
- Eine Informationskampagne bei Reisebüros und südafrikanischen Verkehrsbüros, um Reisende von der Nutzung der SAA abzuhalten.
- Verteilung von Flugblättern an Reisende, die nach Südafrika fliegen, sowie das Personal, das die Flüge durchführt oder in der Abfertigung tätig ist.
- Behinderungen von SAA-Flügen und anderen Flügen von und nach Südafrika durch alle praktisch möglichen und angemessenen Mittel.

Außerdem sind die ITF-Gewerkschaften aufgefordert, Aktionen der nationalen Gewerkschaftsbünde zu unterstützen, z. B. durch Organisation von Demonstrationen u. ä. gegen die Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung und insbesondere die Forderung nach Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter und politischen Gefangenen.

TÜRKEI: TURK-IS-KAMPAGNE FÜR DIE WIEDERHERSTELLUNG DER GEWERKSCHAFTSRECHTE

Trotz des viel beschworenen "Übergangs zur Demokratie", der gegenwärtig in der Türkei stattfindet, sind die Menschenrechte und Gewerkschaftsfreiheiten weiterhin stark eingeschränkt, und bei der Regierung sind keinerlei Anzeichen für die Bereitschaft zu finden, die bestehende Arbeitsgesetzgebung und die Bestimmungen der Verfassung von 1982 zu verändern, um sie mit den IAO-Normen und den Grundsätzen des IBFG in Einklang zu bringen. Vor diesem Hintergrund hat der Gewerkschaftsbund TURK-IS eine nationale Kampagne für die Demokratisierung des politischen Lebens und die Wiederherstellung der Grundrechte gestartet, die mit einer Massenkundgebung in Ankara begann, auf der IBFG-Generalsekretär John Vanderveken eine Ansprache hielt. Auf einer zweiten Kundgebung im letzten Monat in Izmir versammelten sich ebenfalls große Menschenmengen.

Die türkischen Gewerkschaften drängen auf eine Wiederherstellung des Streikrechts und des Rechts auf Tarifverhandlungen sowie die Abschaffung der eingengenden Bestimmungen bezüglich der Wahl von Gewerkschaftsfunktionären. Sie fordern außerdem die Aufhebung des Verbots sogenannter "politischer" Aktivitäten von Gewerkschaftern sowie die Abschaffung von Bestimmungen, mit denen die finanzielle Unabhängigkeit der Gewerkschaften eingeschränkt wird. Ein weiteres Ziel ist die Erlangung der offiziellen Anerkennung des Rechts der Gewerkschaften auf Gründung von und Beitritt zu Bündeln und Vereinigungen und ihres uneingeschränkten Rechts auf Mitgliedschaft in internationalen Gewerkschaftsorganisationen.

Gleichzeitig ist der IBFG erneut bei der türkischen Regierung wegen der Wiederaufnahme des Verfahrens gegen leitende Funktionäre der türkischen Gewerkschaftsorganisation DISK vorstellig geworden, das nun in seine letzte Phase eintritt.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG GEEINT GEGEN ANTISTREIKGESETZ

Viele tausend deutsche Arbeitnehmer folgten in den vergangenen Monaten dem Aufruf ihres Gewerkschaftsbundes DGB und organisierten eine Reihe kurzer Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen als Protest gegen Pläne der Bundesregierung, Arbeitnehmern, die nicht direkt an einem Streik beteiligt sind,

jedoch aufgrund von Arbeitsk Kampfmaßnahmen in anderen Betrieben zeitweise beschäftigungslos sind, den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu entziehen. Die jüngsten Arbeitsniederlegungen fanden Anfang Februar, gleichzeitig mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfes im Bundestag, statt.

Die Gewerkschaften betrachten den Schritt der Regierung als größte Bedrohung ihres Streikrechts in der Nachkriegszeit, da selbst die Streikfähigkeit der wohlhabendsten Gewerkschaften ernsthaft beeinträchtigt würde, wenn sie Streikgeld nicht nur an die Streikenden, sondern auch an diejenigen Arbeitnehmer zahlen müßten, die durch einen Arbeitskonflikt zeitweise beschäftigungslos gemacht würden. Dies würde eine enorme finanzielle Belastung bedeuten und eine Situation schaffen, die die Arbeitgeber sicher nur zu gerne ausnutzen würden. Gegenwärtig werden Versuche unternommen, die Haltung einer kleinen Gruppe von Politikern der Regierungskoalition mit gewerkschaftlichem Hintergrund zu beeinflussen, von deren Unterstützung das Schicksal des Gesetzentwurfes abhängen könnte.

Den Anstoß für diese Initiative der Regierung gab der erfolgreiche Metallarbeiterstreik im Jahre 1984 zur Unterstützung der Gewerkschaftskampagne für eine kürzere Wochenarbeitszeit, der die gesamte Automobilindustrie lahmlegte. Durch Schwerpunktstreiks bei ausgewählten Zulieferfirmen waren 400.000 Arbeitnehmer zeitweise ohne Arbeit. Dieser Streik erwies sich als sehr kostspielig in Hinblick auf die Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung.

KURZNACHRICHTEN

Die Regierung von Antigua und Barbuda hat beim Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Annahmeerkunde des IMO-Übereinkommens hinterlegt. Die Zwischenstaatliche Organisation für Seeschifffahrt (IMO) hat nun 128 Vollmitglieder und ein assoziiertes Mitglied.

Westaustralische Seeleutegewerkschaften fordern, den Handel mit den Cocos-Inseln ausschließlich mit Hilfe von Schiffen unter australischer Flagge und mit australischer Besatzung abzuwickeln. Gegenwärtig wird die Route von einem Schiff unter der Flagge von Singapur, der Pacific Bold, bedient, das im Rahmen der gewerkschaftlichen Kampagne in den vergangenen Monaten mehrmals am Auslaufen aus dem Hafen von Fremantle gehindert worden war. Die Gewerkschaften begründen ihre Forderung nach Einsatz von Schiffen unter australischer Flagge im Handel zwischen Australien und den Cocos-Inseln damit, daß Australien nun die Verantwortung für die Wirtschaft der Inseln übernommen habe. Es bestehen gute Aussichten, daß ihre Forderungen erfüllt werden, wenn die Reeder der Pacific Bold beschließen, sich nicht um eine Verlängerung des Frachtvertrages zu bemühen, wenn diese gegen Ende des Monats ausgeschrieben wird.

Die von der Belgischen Föderation des Personals der Öffentlichen Dienste (CGSP) organisierten belgischen Eisenbahner protestierten Ende Januar mit einem 24stündigen Streik gegen jüngste Personalkürzungen, die ihrer Meinung nach die Sicherheit der Eisenbahn bedrohen. Die Eisenbahnverwaltung teilt diese Ansicht, und der zuständige Minister wurde darüber informiert. Die Eisenbahner sind außerdem verärgert über Pläne, Prämien für Nachtarbeit und Arbeit bei schlechten Wetterbedingungen im Winter zu versteuern.

Ein Streik der Besatzungen finnischer Eisbrecher, zu dem die der ITF angeschlossene Seeleutegewerkschaft im letzten Monat aufgerufen hatte, wurde abge sagt, nachdem das Finanzministerium seine Zustimmung zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Frage der Besteuerung von Fahrtkostenzuschüssen gegeben hatte.

Die deutsche Seeberufsgenossenschaft hat sich erfolgreich den Plänen der Bundesregierung widersetzt, auf bestimmten Überseeschiffen einen Ein-Mann-Brückendienst bei Nacht einzuführen. Die Regierungspläne, die im letzten Sommer bekanntgegeben wurden, riefen heftige Proteste der deutschen Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hervor, die eindringlich auf die damit verbundenen Gefahren für die Sicherheit auf See hinwiesen. Die ITF reichte außerdem eine Beschwerde bei der IMO ein, in der sie die deutsche Regierung beschuldigte, daß Übereinkommen über Ausbildungs- und Wachgangsnormen zu verletzen.

Der Bankrott einer zweiten japanischen Reederei - Nakamura Kisen - folgte dem Zusammenbruch von Sanko Steamship praktisch auf dem Fuße. Nakamura verfügt über eine Flotte von ungefähr 60 Schiffen und ist die zweitgrößte Reederei nach Sanko.

Als erster Schritt in Richtung auf eine mögliche Entregulierung der Luftfahrt wird die durch eine Verordnung des italienischen Verkehrsministeriums verfügte Öffnung des Kurzstreckenverkehrs auf Inlandsflügen und einiger internationaler Strecken zu Zielen innerhalb der EG für regionale Fluggesellschaften angesehen.

Beschäftigte in der niederländischen Binnenschifffahrt können nun mit 62 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand treten. Bisher lag die Altersgrenze bei 63 Jahren.

Spanische Hafentarbeiter planen für diesen Monat eine Reihe von Streiks, mit denen sie gegen Regierungspläne für eine Privatisierung der Hafenindustrie protestieren wollen.

Vereinigte Staaten: Der Senat hat seine Zustimmung für den Verkauf von Conrail an die Norfolk Southern Corporation gegeben.

Tarifverhandlungsergebnisse

Deutschland - Beschäftigte im öffentlichen Dienst: 3,5% rückwirkend vom 1. Januar und eine Erhöhung des Urlaubsgeldes von DM 300 auf DM 450; Vereinigte Staaten - Flugbegleiter der United Airlines: 4% ab 1. Mai.

Todesfälle

Ethel Chipchase, frühere Mitarbeiterin im Hauptbüro der Britischen Gewerkschaft der Angestellten im Transportsektor und Leiterin der Frauenabteilung des Trade Union Congress (TUC), verstarb im Januar, kurz vor Vollendung ihres 70. Lebensjahres.

Personalien

Albert Bousser, Ehrenpräsident der Luxemburgischen Föderation der Eisenbahner und Transportarbeiter (FNCTTFEL), feierte am 8. Februar seinen 80. Geburtstag. Bousser war von 1945 bis 1954 Generalsekretär und wurde dann zum Präsidenten gewählt.

Hans Freihsl, seit 1962 Redakteur der Gewerkschaftszeitung der Österreichischen Gewerkschaft der Eisenbahner, trat mit Jahresbeginn in den Ruhestand. Neuer Redakteur ist Rainer Mayerhofer.

Bernard Olivier zog sich Ende Januar vom Posten des Generalsekretärs der Französischen Föderation des Eisenbahnverwaltungspersonals (FMC) zurück. Sein Nachfolger ist Jean-Claude Desorme.

Robert Strobl, zweiter Vizepräsident der Österreichischen Gewerkschaft der Eisenbahner, wurde als Abgeordneter in den Nationalrat (das österreichische Parlament) gewählt.

Bevorstehende Tagungen

- | | |
|--|--|
| ITF-Ausschuß für Bewegliche Offshore-Schiffseinheiten | -- Venedig, 23. März 1986 |
| Konferenz der ITF-Seeleutesektion | -- Venedig, 24./26. März 1986 |
| Arbeitsgruppe der Sektion Eisenbahn über
Neue Technologie | -- Paris, 22./23. April 1986 |
| Asiatisch/Pazifische Luftfahrtkonferenz | -- Tokio, 19./23. Mai 1986 |
| Planungsausschuß der Sektion Straßentransport | -- London, 21./22. Mai 1986 |
| Konferenz der Sektion Binnenschifffahrt | -- London, 2. Juni 1986 |
| Fair-Practices-Ausschuß | -- London, 3./4. Juni 1986 |
| Konferenz der Hafentarbeitersektion | -- London, 5./6. Juni 1986 |
| 35. ITF-Kongreß | -- Luxemburg, 31. Juli bis
8. August 1986 |